

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2015)
Heft: 4: Klimapolitik

Artikel: Und wieder einmal soll die Welt gerettet werden
Autor: Hänggi, Marcel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586698>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

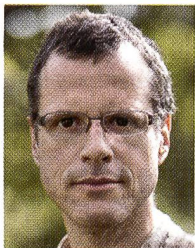
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fotos: «10 Photos of a changing World» auf www.cop21.gouv.fr/comprendre (von links nach rechts: Arktisches Eis im September 2005 und dann 2007. Dürre, eine der Folgen des Klimawandels. Die Malediven bedroht vom steigenden Meeresspiegel. Überschwemmung in Pakistan. «Ich glaube nicht an die globale Klimaerwärmung».)



Und wieder einmal soll die Welt gerettet werden

Wird an der derzeitigen UNO-Klimakonferenz in Paris gelingen, was 2009 in Kopenhagen kläglich misslang? Einiges spricht dafür. Tatsächlich könnte in Paris ein neues internationales Klimaabkommen ausgehandelt werden. Ebenso klar aber ist, dass das Abkommen und die von den Staaten selbst deklarierten Klimaziele nicht ausreichen, um das 2-Grad-Ziel einzuhalten. Wird Paris trotzdem zum Erfolg – oder zum erneuten Misserfolg?



Von **MARCEL HÄNGGI**

Historiker, freier Journalist und Buchautor,
info@mhaenggi.ch / www.mhaenggi.ch

An der Klimakonferenz in Paris (30. November bis 11. Dezember 2015) muss gelingen, was schon 2009 in Kopenhagen fällig gewesen wäre, dort aber krachend scheiterte: ein neues internationales Klimaabkommen auszuhandeln. Es soll erreichen helfen, worauf sich die UNO-Mitglieder im Grundsatz bereits 1992 geeinigt haben: eine «gefährliche, vom Menschen verursachte Störung des Klimasystems» abzuwenden.

Die vergangenen Monate jagten sich die Vorbereitungs-konferenzen. Ein erster Vertragsentwurf umfasste 83 Seiten, dann kürzten ihn die Verhandlungsleiter auf 20, was handhabbar gewesen wäre, doch fehlte im Text nun Wichtiges. Dann verlängerten die Verhandelnden den Text wieder auf 55 Seiten voller eckiger Klammern, die für (oft gegensätzliche) Varianten stehen (siehe Abb. «Article 2» Seite 5). Die grossen strittigen Fragen sind also nach wie vor ungelöst.

Die Lösung wäre einfach...

Klimadiplomatie ist eine komplexe Sache. Dabei wäre die Lösung des Problems entwaffnend einfach: Es geht

darum, Kohlenstoff dort zu lassen, wo er ist, statt ihn zu verbrennen und als CO₂ in die Atmosphäre zu pusten. Das heisst: aufhören, Kohle, Erdöl und Erdgas zu fördern, und darüber hinaus Böden und Wälder schützen, die grosse Mengen Kohlenstoff speichern. Man hat mitunter den Eindruck, dass die Komplexität der vorgeschlagenen Lösungen (der EU-Emissionshandel ist das umfangreichste Umwelt-Gesetzeswerk) nicht zuletzt dazu dient, diese so einfache Wahrheit nicht sehen zu müssen. Noch immer schaffen es PolitikerInnen, mehr Klimaschutz und gleichzeitig den Ausbau der Erdöl- und Erdgasförderung anzumahnen.

23 Jahre Klimadiplomatie

Die Klimadiplomatie der UNO hat eine 23-jährige Geschichte. 1992 verpflichteten sich die Staaten in der Klimawandel-Rahmenkonvention UNFCCC, das Problem «entsprechend ihrer gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, ihren jeweiligen Fähigkeiten sowie ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage» anzugehen. 1997 folgte das Kyoto-Protokoll, das die Ziele der UNFCCC in konkrete Politik ummünzte. Die Industriestaaten verpflichteten sich, ihre Emissionen bis 2012 zu senken, während den «Entwicklungsländern» – darunter China, aber auch den reichen Erdöl-Scheichtümern – keine solchen Verpflichtungen

tungen auferlegt wurden. Die USA unterzeichneten das Protokoll ebenfalls, ratifizierten es aber nie; Kanada gab den Austritt. Seine Ziele erreichte das Kyoto-Protokoll nicht, aber es wirkt insofern nach, als es gewisse Pfade vorzeichnete und etwa einen (mehr schlecht als recht funktionierenden) Handel mit CO₂-Emissionen, den «Clean Development Mechanism» (CDM), installierte.

2009 hätte die Klimakonferenz von Kopenhagen ein Kyoto-Nachfolgeabkommen aushandeln sollen. Sie scheiterte, doch wurde in Kopenhagen immerhin erstmals ein konkretes Temperaturziel in einem UNO-Dokument festgeschrieben: Um nicht mehr als 2, allenfalls 1,5 Grad, soll sich die Atmosphäre erwärmen. Die 2 und möglicherweise auch die 1,5 Grad werden im Pariser Abkommen drin stehen. Und ebenfalls in Kopenhagen versprochen die reichen Staaten, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar bereitzustellen, um armen Ländern die Anpassung an den Klimawandel finanzieren zu helfen.

Die Staaten deklarieren ihre Reduktionsziele

Wird diesmal in Paris gelingen, was in Kopenhagen misslang? Einiges spricht dafür. So setzt sich etwa die französische Regierung als Gastgeberin, anders als die dänische 2009, sehr für einen Erfolg ein.

Der wichtigste Unterschied zu Kopenhagen besteht indes in einem anderen Vorgehen. Statt in einem Vertrag Reduktionsziele für alle Staaten festzuschreiben, war es diesmal an den Staaten selbst, bekannt zu geben, wie viel Reduktion es für sie denn sein darf. INDC heißen die abgegebenen Erklärungen: «Intended Nationally Determined Contributions»¹. Das Wortungeheuer zeigt schon die grosse Vorsicht: Es handelt sich lediglich um «Absichten», die «national festgelegt» und ja nicht etwa von oben herab verordnet sind. Einige Staaten versprechen, die Emissionen zu reduzieren; andere wollen lediglich die Emissionen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung oder gegenüber einem hypothetischen «Business as usual»-Szenario verringern. China wiederum verspricht, dass seine Emissionen ab 2030 sinken sollen – ohne zu sagen, wie hoch sie bis dann sein werden.

2-Grad-Grenze wird überschritten

Was man heute mit Sicherheit sagen kann: Wenn in Paris ein Abkommen zustande kommt, wird es für das Ziel der 2-Grad-Grenze unzureichend sein. Setzen die Staaten die Absichten, die sie nun deklariert haben, tatsächlich um, führt das nach Berechnungen



**TOUS ENSEMBLE
POUR LE CLIMAT**

der Website «Carbon Action Tracker» zu einer Erwärmung um 2,7 Grad im Jahr 2100, mit einer grossen Unsicherheits-Bandbreite. Weil alle diese Unzulänglichkeiten sehen, wollen einige Staaten in das Abkommen schreiben, dass die Absichtserklärungen alle fünf Jahre zu revidieren seien – aber ob der Passus durchkommt, ist ungewiss. Auch ob das Langfristziel der totalen De-Karbonisierung der Weltwirtschaft, zu dem sich die Gruppe der sieben mächtigsten Industriestaaten (G7) am diesjährigen Treffen bekannt hat, Eingang in den Vertrag finden wird, steht in den Sternen.

Erfolg oder erneuter Misserfolg?

Teile der Umweltbewegung und gewisse Klimawissenschaftler halten Paris jetzt schon für einen Misserfolg. So spricht etwa Ottmar Edenhofer, Chefökonom des renommierten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), von «nebulösen Klingelbeutel-Beiträgen». Demgegenüber glauben andere wie etwa der Direktor des PIK, Hans Joachim Schellnhuber, die abgegebenen Versprechen könnten dazu führen, das System der auf Fossilenergien basierenden Wirtschaft «zum Kippen zu bringen» – wenn darüber hinaus die Umweltbewegung genügend Druck ausübe.

Klimawandel als «Tragik der Allmende»

Was macht eine Lösung so schwierig, wo doch klar ist, was geschehen müsste? Im Allgemeinen wird der Klimawandel als Beispiel für eine «Tragik der Allmende» gesehen. Wie auf einer Gemeinschaftsweide – einer Allmende –, auf der zu viele Kühe weiden, nutzen zu viele die Atmosphäre als CO₂-Abfalleimer. Nach ökonomischer Theorie hat kein Bauer ein Interesse daran, seine Nutzung der Allmende zu reduzieren, solange er allein handelt. Reduzieren aber alle, profitieren am Schluss auch alle, weil die Kühe auf der nicht mehr überlasteten Weide mehr Futter bekommen und mehr Milch geben. Das gemeinsame Interesse aller ist also gegeben.

Article 2 (PURPOSE)

Option 1:

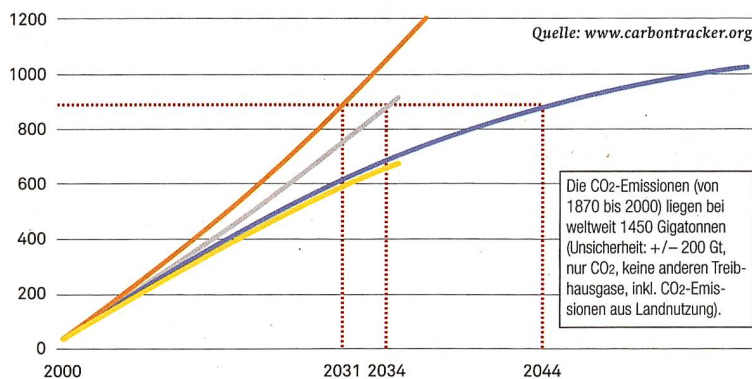
1. The purpose of this Agreement is [to [enhance the implementation of the Convention and] to achieve [its] objective [of the Convention], as stated in its Article 2. In order to strengthen and support the global response to the urgent threat of climate change, Parties [shall] [agree to] to take urgent action and enhance [cooperation] [support] so as to:
 - a. hold the increase in the global average temperature [below 2 °C] [below 1.5 °C] [well below 2 °C] [below 2 °C or 1.5 °C] [below 1.5 °C or 2 °C] [as far below 2 °C as possible] above pre-industrial levels by ensuring deep cuts in global greenhouse gas [net] emissions.

So bunt wie das Klimaschutzlogo zur UNO-Klimakonferenz: Der Vertragsentwurf ist voller eckiger Klammern und (oft gegensätzlicher) Varianten.

¹ Überblick über die eingereichten INDCs: cait.wri.org/indc

Verbleibendes globales CO₂-Budget (2-Grad-Ziel)

Kumulierte CO₂-Emissionen (in Gigatonnen)



Die waagrechte rote Linie zeigt das CO₂-Budget (unter Einhaltung des 2-Grad-Ziels mit 80-prozentiger Wahrscheinlichkeit). Die farbigen Kurven stehen für unterschiedliche Szenarien. Laut dem pessimistischsten Szenario des IPCC (orange) wird das Budget bereits 2031 überzogen. Wird die bisher versprochene Klimapolitik umgesetzt (grau), dauert es drei Jahre länger. Im optimistischsten IPCC-Szenario erschöpft sich das Budget 2044 (blau). Einzig das Best-Case-Szenario der Internationalen Energieagentur (gelb) lässt hoffen, dass das Budget nicht überzogen wird.

Allein: Im Falle der Atmosphäre gibt es kein Nutzungsniveau, das sich «optimieren» liesse: Letztlich müssen alle Kühe (sprich CO₂-Emissionen) weg. Und mehr noch: Es verhandeln eben nicht einfach Kuhbesitzer, sondern es sitzen am Verhandlungstisch Grossviehhalter neben kleinen Ziegenhirten, Züchtern und Futtermittelhändlern, während wieder andere auf die Milchlobby zu Hause Rücksicht nehmen müssen – oder Ersatzprodukte für Milch herstellen...

100 Milliarden \$ pro Jahr für den Klimaschutz

Die Interessen liegen weit auseinander, und das zeigt sich, wenig erstaunlich, insbesondere in Geldfragen. Zwar will niemand hinter das Versprechen von 2009 zurückkreben, ab 2020 100 Milliarden Dollar pro Jahr zur Finanzierung von Klimapolitik und Anpassung in armen Ländern bereitzustellen. Doch greifen die Industriestaaten zu kreativer Buchhaltung. Die OECD kam zum Schluss, dass letztes Jahr bereits 62 Milliarden geflossen, die 100 Milliarden also in Griffnähe seien. Dabei zählt sie jedoch schon früher zugesagte Entwicklungsgelder, private Gelder, Kredite und Investitionen mit. Die Entwicklungsländer dagegen wollen 100 zusätzliche Milliarden. Ob nebst Geldtransfers für Klimapolitik und Anpassung auch Entschädigungen für erlittene Verluste und Schäden Eingang in den Vertrag finden sollen, ist offen – und eher unwahrscheinlich.

Zeichen der Hoffnung

Und wenn Paris scheitert? Es laufen von der Klimapolitik unabhängig einige Entwicklungen, die hoffnungsfroh stimmen können. So ist in den letzten Jahren (auch wenn man in der Schweiz wenig davon merkt) eine

kraftvolle globale Klimaschutzbewegung entstanden, die das Richtige fordert: «Keep it in the Ground».

Investoren ziehen sich aus der Fossilwirtschaft zurück – nicht nur aus Sorge ums Klima: Mark Carney, Chef der britischen Zentralbank und des Finanzmarkt-Stabilitätsrats der G20, hat im September in einer viel beachteten Rede vor einer «Kohlenstoffblase» gewarnt und zum Rückzug von Fossilinvestitionen aufgerufen. Im Oktober forderten dann die Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, und Weltbankpräsident Jim Yong Kim gemeinsam, die Subventionen für fossile Energien abzuschaffen. Shell hat unlängst seine Pläne, in der Arktis nach Öl zu bohren, aufgegeben, und auch der verheerende Abbau von Öl aus Teersanden in Kanada stockt. In China hat die autoritäre Führung realisiert, dass ihr die immense Luftverschmutzung gefährlich werden könnte. Und der weltweite Kohleverbrauch ist 2015 (gerade auch wegen China) zurückgegangen.

490 Milliarden \$ für fossile Energien

Auf der anderen Seite sind weltweit noch immer Kohlekraftwerke mit einer Leistung von einer Million Megawatt im Bau. Die Abschaffung der Fossil-Subventionen ist eine alte Forderung, die auch im Kyoto-Protokoll schon enthalten war; trotzdem belaufen sich diese Subventionen laut der Internationalen Energieagentur (IEA) weltweit nach wie vor über 490 Milliarden Dollar pro Jahr. Und während die Umweltminister an einem Klimaabkommen werkeln, verhandeln die Handelsminister über Freihandelsabkommen wie TTIP² oder Ceta³, welche nationale Umweltpolitiken empfindlich schwächen werden.

Und die Rolle der Technik?

So hoffen denn viele vor allem auf den technischen Wandel, den die Politik beschleunigen oder ausbremsen, aber nicht aufhalten kann. Die Fortschritte der erneuerbaren Energietechniken waren in den letzten Jahren eindrucklich; die Batterietechnik hat gerade 2015 einen Riesenschritt getan. Für viele Fachleute haben die Erneuerbaren heute schon das Potenzial, die fossilen Energieträger abzulösen.

Ob das reicht? Die Profiteure der alten Energien werden sich mit viel Macht zu wehren wissen. Aber zumindest zu einem könnten die technischen Entwicklungen beitragen: Dass der Abschied von der Fossilwirtschaft als Chance erkannt wird.

In Paris aber ist Emissionsvermeidung vorerst noch einmal die Bürde, von der jeder so wenig wie möglich schultern will. Kann daraus ein Erfolg resultieren? Am 12. Dezember wird man es wissen, wenn man mit «Erfolg» irgendein Abkommen meint. Ob Paris – die Konferenzsäle und die Strassen, in denen die Umweltbewegung sich trifft – einen tatsächlichen Beitrag zu einer klimaverträglichen Welt geleistet haben wird, wird man frühestens in einigen Jahren sagen können. <

2 Transatlantisches Freihandelsabkommen, siehe dazu: https://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen

3 Geplantes europäisch-kanadisches Freihandelsabkommen, siehe dazu: https://de.wikipedia.org/wiki/Comprehensive_Economic_and_Trade_Agreement